
FDP Waldeck-Frankenberg

FREIE DEMOKRATEN FORDERN HESSISCHE ENDOMETRIOSE-STRATEGIE

30.05.2022

- **Forschung braucht stärkere Finanzierung**
- **Rund zehn Prozent der Frauen sind von Endometriose betroffen**
- **Menstruation muss enttabuisiert werden**

Die Freien Demokraten im Hessischen Landtag wollen eine bislang vernachlässigte Erkrankung in den Blickpunkt rücken und fordern die Landesregierung in einem Antrag ([Drs. 20/8045](#)) auf, eine hessische Endometriose-Strategie zu erstellen und umzusetzen. „Obwohl jede zehnte Frau im gebärfähigen Alter an Endometriose leidet, vergehen durchschnittlich zehn Jahre, bis diese gynäkologische Erkrankung diagnostiziert wird und eine angemessene Behandlung beginnt. Gründe sind eine mangelnde Aufklärung und eine unterfinanzierte Forschung, aber auch gesellschaftliche Tabus in Bezug auf die Periode“, erklärt Wiebke KNELL, frauenpolitische Sprecherin der Fraktion. „Daher braucht es eine Endometriose-Strategie, die außer einer Aufklärungskampagne auch Mittel zur Erforschung von Ursachen, Diagnoseverfahren und Behandlungsmöglichkeiten beinhaltet.“

Vergleichbare Strategien gebe es bereits in Australien, Frankreich habe eine solche angekündigt. „Endometriose ist nicht nur in etwa der Hälfte der Fälle unerfüllter Kinderwünsche die Ursache, sondern auch die zweithäufigste gynäkologische Erkrankung. Zudem ist sie nicht auf die Gebärmutter beschränkt, sondern kann Auswirkungen auf verschiedene Körperbereiche und Organe haben und starke Schmerzen und Beschwerden auslösen“, erklärt Knell. „Wenn betroffene Frauen dann hören, sie sollten sich nicht so anstellen, weil sie ihre Tage hätten, klingt das in ihren Ohren wie Hohn. Endometriose ist ein Grund mehr, die Periode zu enttabuisieren und der vieldiskutierten Periodenarmut entgegenzuwirken“, sagt Knell.

Sie nimmt den internationalen Tag der Menstruation am 28. Mai zudem zum Anlass, erneut auf Stigmata und Tabus sowie fehlende Aufklärung und fehlenden Zugang zu Menstruationshygieneprodukten hinzuweisen, die vor allem jüngere und armutsgefährdete Frauen treffen. „Vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, dass die Landtagsmehrheit kürzlich einen Antrag von uns Freien Demokraten abgelehnt hat, mit dem wir Aufklärung und Zugang zu diesen Produkten stärken wollten. Dabei würde es einigen Mädchen und Frauen enorm helfen, wenn in öffentlichen Liegenschaften und Bildungseinrichtungen die notwendigen Hygieneprodukte bereitliegen - so wie auch Seife und Handtücher zur Verfügung stehen.“

